

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe BUNT

An den Vorsitzenden
des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Herrn Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 26.11.2018

AN/1714/2018

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	10.12.2018

Neutrales Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrüche auf der städtischen Website

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ausschusssitzung zu setzen:

Beschluss:

Die Verwaltung richtet auf der städtischen Website ein neutrales Informationsangebot zum Thema Schwangerschaftsabbruch ein und führt dort Abbrüche durchführende Praxen im Stadtgebiet auf, vorausgesetzt, diese haben ihre Zustimmung gegeben.

Begründung:

Ein Ende der bundespolitischen Diskussion über den Paragraphen 219a StBG, der das Werben für Schwangerschaftsabbrüche verbietet, scheint noch nicht in Sicht. Da Gefahren für Schwangere von fehlenden oder falschen Informationen ausgehen können, sollte die Stadt Köln noch in diesem Jahr ein neutrales Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrüche auf der städtischen Website aufbauen sowie dort eine Liste der Kölner Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, zur Verfügung stellen. Die Kölner Stadtverwaltung hat bereits in der Antwort (Vorlagen-Nummer 3009/2018) auf die gemeinsame Anfrage „Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrüche auf der städtischen Website“ der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT darauf hingewiesen, dass ein neutrales Informationsangebot rechtlich möglich ist.

Die Betroffenen befinden sich in einer sehr konflikträchtigen Situation, in der es keine einfachen Entscheidungen gibt. Die Stadt Köln nennt bereits heute auf ihrer Homepage die städti-

sche Beratungsstelle für Familienplanung, die auch Informationen über Unterstützungsleistungen für werdende Mütter, etwa durch die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“, bereithält. Ebenso finden sich auf der Homepage Informationen sowohl über weltlich als auch über kirchlich orientierte Beratungsstellen zur Schwangerschaftskonfliktberatung. Dies ist zu begrüßen, denn es ist wichtig, dass den Betroffenen in dieser schwierigen Situation alle erforderlichen Informationen in differenzierter Form zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher der Ratsgruppe BUNT